



18.068

**Asylgesetz. Änderung
(Rahmenkredit Migration;
zweiter Schweizer Beitrag
an ausgewählte EU-Staaten)**

**Loi sur l'asile. Modification
(Crédit-cadre migration; deuxième
contribution suisse en faveur
de certains Etats membres de l'UE)**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.18 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

**Asylgesetz
Loi sur l'asile**

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Glarner, Addor, Brand, Buffat, Pantani, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Glarner, Addor, Brand, Buffat, Pantani, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)
Ne pas entrer en matière

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Votiamo sulla proposta di non entrata in materia della minoranza Glarner.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 18.068/18455)
Für Eintreten ... 114 Stimmen
Dagegen ... 65 Stimmen
(13 Enthaltungen)

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 113 Titel
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



Titre et préambule, ch. I introduction, art. 113 titre

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 114

Antrag der Kommission

... oder an internationale Organisationen. Er konsultiert vorgängig die zuständigen Kommissionen.

Art. 114

Proposition de la commission

... ou à des organisations internationales. Il consulte au préalable les commissions compétentes.

Angenommen – Adopté

AB 2019 N 414 / BO 2019 N 414

Ziff. Ibis

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Addor, Brand, Buffat, Burgherr, Glarner, Pantani, Reimann Lukas, Steinemann)

Einleitung

Das nachfolgende Bundesgesetz wird wie folgt geändert:

Titel

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vom 30. September 2016

Art. 10

Die Mittel zur Finanzierung der Massnahmen nach diesem Gesetz werden als Rahmenkredite für jeweils mehrere Jahre von der Bundesversammlung mit Bundesbeschluss bewilligt.

Ch. Ibis

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Addor, Brand, Buffat, Burgherr, Glarner, Pantani, Reimann Lukas, Steinemann)

Introduction

Modification d'autre acte

Titre

Loi fédérale du 30 septembre 2016 sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est

Art. 10

L'Assemblée fédérale alloue les moyens nécessaires au financement des mesures prises en vertu de la présente loi par voie d'arrêté fédéral sous la forme de crédits-cadres ouverts pour plusieurs années.

Rutz Gregor (V, ZH): Wir besprechen nun seit über drei Stunden die Wichtigkeit dieser Vorlage, die Bedeutung und Tragweite dieser Zahlungen. Ich darf davon ausgehen, dass Sie alle die Ansicht teilen, dass es hier nicht um einen lapidaren finanzpolitischen Beschluss geht, sondern dass dieser Beschluss eben von erhöhter Bedeutung ist. Sie haben es ja in den vergangenen drei Stunden so begründet. Es ist in unserem System so, und das ist auch das, was wir Ihnen beantragen, dass solche Beschlüsse von erhöhter Tragweite und Bedeutung dem fakultativen Referendum unterstehen.

Wenn es etwas gibt, was ich in diesem Parlament nie begreifen werde, dann ist es das, was immer wieder zu beobachten ist: wie akribisch und originell viele von Ihnen werden, wenn es darum geht, Referenden zu umschiffen. Das ist falsch. Das entspricht auch nicht der Idee des Systems der direkten Demokratie. Ich frage mich auch, warum Sie so gegen ein Referendum in dieser Angelegenheit sind. Wer Volksabstimmungen vermeiden möchte, gerät zu Recht in den Verdacht, vielleicht vertuschen zu wollen, dass er nicht sicher ist, ob er richtig liegt, dass er eine Volksabstimmung verlieren könnte, weil das Volk eben merkt, dass diese Beschlüsse so falsch sind.

Kommen Sie mir nicht mit der Begründung, man hätte das Referendum schon früher ergreifen müssen. Wir wissen alle, dass hier die Laufzeit einer Vorlage verlängert und die finanzielle Tragweite erweitert wird. Das



alles gibt weiss Gott Grund genug, dem Antrag, den wir Ihnen stellen, zuzustimmen. Demgemäss werden diese Ausgaben eben künftig in Form eines Bundesbeschlusses bewilligt, der dann auch dem Referendum unterliegt. Das ist der richtige Weg.

Ich bemühe noch einmal Frau Thatcher, die bereits von Kollege Glarner zitiert worden ist. Seien wir uns einfach bewusst, bei all den Ausgaben, die wir hier so leicht von der Hand gehen lassen: Der Staat hat kein eigenes Geld. Der Staat hat nur eine Quelle, wo er Geld holen kann. Es ist das Geld der Steuerzahler. Genau deshalb ist es eben so wichtig, dass man – wie es unsere Verfassung auch vorsieht – diesen Beschluss künftig dem fakultativen Referendum unterstellt: damit die Steuerzahler mitentscheiden können, ob dieses viele Geld auch wirklich in ihrem Sinne bezahlt wird.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung unseres Minderheitsantrages.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte Sie gerne bitten, den Minderheitsantrag, den Herr Rutz begründet hat, abzulehnen.

Ich bin der Meinung, dass man in diesem Saal selbstverständlich die Regeln ändern darf; man kann alles verändern. Aber dann sollte man zunächst Artikel 25 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes ändern. Diese Bestimmung hält nämlich fest, dass Finanzgeschäfte in der Form von einfachen Bundesbeschlüssen erlassen werden und somit nicht dem Referendum unterstehen. Die zweite Begründung ist, Herr Nationalrat Rutz, dass das Bundesgesetz zur Osthilfe 2016 revidiert wurde. Es unterstand dabei dem fakultativen Referendum, welches nicht ergriffen wurde.

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 16. Mai 2018 zur Motion Rösti 18.3247 Folgendes ausgeführt: "Die Finanzierungsgrundlagen für die Rahmenkredite Kohäsion und Migration sind im Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost) und im Asylgesetz vom 26. Juni 1998 verankert. Mit der Verabschiedung des revidierten BG Ost wurde die Rechtsgrundlage für den Kohäsionsteil des zweiten Beitrags vor anderthalb Jahren erneuert. Dieses Bundesgesetz unterstand dem fakultativen Referendum, von dem aber nicht Gebrauch gemacht wurde."

Ich möchte Sie deshalb bitten, hier diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Pfister Gerhard (C, ZG), für die Kommission: Die Minderheit Rutz Gregor beantragt, dass die Mittel zur Finanzierung der Massnahmen nach diesem Gesetz als Rahmenkredite für jeweils mehrere Jahre von der Bundesversammlung mit Bundesbeschluss bewilligt werden sollen. Damit wären diese Rahmenkredite referendumsfähig.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen, dies aus drei Gründen:

1. Der Bundesbeschluss zum Kohäsionsbeitrag an die EU unterstand 2016 bereits dem Referendum; es wurde damals nicht ergriffen. Insofern sieht die Kommissionsmehrheit die direktdemokratischen Mitwirkungsrechte des Volkes gewahrt und will davon absehen, nachträglich neue Referendumsmöglichkeiten zu eröffnen.

2. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass ein Vorgehen, wie es Herr Rutz will, unter Umständen ein Präjudiz für ein fakultatives Finanzreferendum darstellen könnte. Ein Finanzreferendum sollte aber, wenn überhaupt, unabhängig von einer konkreten Vorlage grundsätzlich erörtert und allenfalls beschlossen werden. Die Räte sahen bisher davon ab beziehungsweise lehnten solche Vorstösse ab.

Zudem sind die subventionsrechtlichen Tatbestände im Asylgesetz die Grundlage für den Migrationsanteil im Kohäsionsfonds. Diese waren neben dem Osthilfegesetz ebenfalls referendumsfähig und sind nun bereits in Kraft; das Referendum wurde positiv entschieden. Es handelt sich um Artikel 91 Absatz 7, Artikel 93 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 sowie um Artikel 113 des Asylgesetzes, gegen die das Referendum ergriffen wurde. Da das Referendum positiv ausging, sind die Bestimmungen, welche die Basis für diesen Kredit sind, nun in Kraft. Insofern ist die Kommissionsmehrheit der Ansicht, dass der Antrag der Minderheit Rutz Gregor einem Finanzreferendum entsprechen würde.

3. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass das von ihr gewählte Vorgehen Artikel 25 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes entspricht: "Die Bundesversammlung setzt die Aufwände und die Investitionsausgaben mit dem Voranschlag und seinen Nachträgen fest. Sie beschliesst über neue oder nicht beanspruchte laufende Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen mit dem Voranschlag und seinen Nachträgen oder mit besonderen Beschlüssen ..." In Absatz 2 heisst es: "Sie wählt dafür die Form des einfachen Bundesbeschlusses."

Aus diesen drei Gründen beschloss die SPK die Ablehnung des Antrages Rutz Gregor. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun.

Piller Carrard Valérie (S, FR), pour la commission: A l'article 10, notre collègue Rutz propose de soumettre le milliard de cohésion au référendum afin que le peuple ait son mot à dire sur l'attribution de cette grosse somme d'argent.



Lors de notre séance, nous avons rappelé le contenu de l'article 25 alinéa 2 de la loi sur le Parlement, qui prévoit que les décisions de l'Assemblée fédérale concernant les finances

AB 2019 N 415 / BO 2019 N 415

sont prises sous forme d'arrêtés fédéraux simples et, par conséquent, non soumis au référendum. En effet, la Confédération ne connaît pas le référendum financier. Comme la population a pu se prononcer en 2006 sur la loi, qui est la base du crédit-cadre, il n'est pas nécessaire de se prononcer une deuxième fois. Estimant que cela reviendrait à introduire le référendum financier par la petite porte, la commission a décidé, par 15 voix contre 8, de ne pas soutenir cette proposition. Je vous invite à en faire de même.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Geschätzte Frau Kommissionssprecherin – ich hätte auch die Frau Bundesrätin fragen können –, in Artikel 28 des Parlamentsgesetzes gibt es ja auch noch Absatz 3: "Für Grundsatz- und Planungsbeschlüsse von grosser Tragweite kann die Form des Bundesbeschlusses gewählt werden" – also die Form mit dem fakultativen Referendum. Niemand hat das hier jetzt erwähnt. Was sagen Sie dazu?

Piller Carrard Valérie (S, FR), pour la commission: Comme je l'ai dit lors de ma précédente intervention, la commission s'est appuyée sur l'article 25 alinéa 2 de la loi sur le Parlement, qui prévoit quelles décisions peuvent être prises sous la forme d'arrêtés fédéraux simples. C'est sur cet article que la commission s'est basée lors de l'examen du crédit-cadre.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.068/18469)

Für den Antrag der Minderheit ... 64 Stimmen

Dagegen ... 113 Stimmen

(7 Enthaltungen)

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 18.068/18470)

Für Annahme des Entwurfes ... 118 Stimmen

Dagegen ... 62 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Schluss der Sitzung um 19.10 Uhr

La séance est levée à 19 h 10

AB 2019 N 416 / BO 2019 N 416